Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Postscheckkonto: Dresden, [illegible] & Comp. Nr. 1268. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis: [illegible] einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post [illegible] vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 3,00 M., Familienanzeigen 2,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 10,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für [illegible] 40 Pf.

Nr. 290 — Dresden, Mittwoch den 14. Dezember 1921 — 32. Jahrg.

Milliardenanleihe für Deutschland

Während die Berliner Regierung über die Ergebnisse der Sendung Rathenaus der Öffentlichkeit nur ganz allgemeine Angaben machte, erschien im Pariser Intransigeant gestern abend eine bestimmtere Meldung über das, was Rathenau in London erreicht habe. Es heißt darin, [illegible] werde mit vollem Einverständnis der Verbündeten

eine internationale Anleihe von 1 Milliarde Dollar

ausgegeben. Diese Anleihe soll 7 v. H. Zinsen tragen, steuerfrei sein und in 30 Jahren getilgt werden. Sie werde von der Reparationskommission ausgegeben und überwacht werden. [illegible] alliierten, assoziierten, neutralen oder ehemals feindlichen Länder können sich an dieser Anleihe beteiligen. Jede Regierung [illegible] angeben, in welcher Höhe ein Teil dieser Anleihe in ihrem [illegible] unterzeichnet werden könne. Der Teil jedes einzelnen [illegible] würde seiner jeweiligen Währung entsprechend bezahlt. Sollte die Anleihe überzeichnet werden, so soll das Verhältnis des Anteils der einzelnen Länder einzeln festgesetzt werden. [illegible] Zehntel oder auch ein Achtel der Anleihe solle sofort ausgegeben werden, damit die für die Zeichnung eingehenden Summen zur Bezahlung der im Januar und Februar fälligen Raten verwendet werden können. Als Sicherheit [illegible] die deutschen Zolleinnahmen verwendet werden.

Durch Ausgabe und Begünstigung dieser Anleihe würde Deutschland zusammen mit seinen Naturalleistungen in zwei Jahren die Forderungen der Verbündeten befriedigen können. Das Ergebnis der Anleihe würde nach dem in Boulogne bestimmten Prozentsatze unter die einzelnen Verbündeten verteilt werden, so daß auf Frankreich davon 52 v. H. entfallen würden. Die Frage der

Naturalleistungen

im Sinne des Wiesbadener Abkommens und die Frage der Priorität waren Gegenstand besonderer Verhandlungen unter den Interessenten einerseits und der Reparationskommission anderseits sein. Eine Entscheidung stehe unmittelbar bevor.

Das Abkommen soll dem Intransigeant zufolge unter den Hauptinteressenten fast völlig durchberaten worden sein. Der belgische Finanzminister Theunis ist von seinen Besprechungen mit Loucheur außerordentlich befriedigt. Die ganze Frage der Reparationen sei geprüft worden. Es handle sich dabei nicht nur um die Zahlungen vom Januar, sondern auch um die späteren. Wie Theunis dem Brüsseler Temps-Mitarbeiter gegenüber äußerte, erkannte er das Wort Moratorium nicht an. Es seien bereits verschiedene

Milderungen in Aussicht

angenommen. Es handle sich nur darum, unter den Verbündeten zu einem Einvernehmen zu gelangen. Es werde eine internationale Konferenz abgehalten werden, sobald Briand und Lloyd George einander begegnet sind. Dabei werde auch die Frage der deutschen Schuld in ihrer Gesamtheit erörtert werden. Es stehe jetzt fest, daß Deutschland am 15. Januar zahlen müsse.

Hoffnung im Reichskabinett

Berlin, 14. Dezember. Die Vossische Zeitung schreibt: Eine Beratung hat sich an die Ausführungen des Reichskanzlers und Dr. Rathenaus in der Dienstagsitzung des Reichskabinetts nicht geknüpft. Diese bleibt einer neuen Sitzung des Gesamtkabinetts vorbehalten. Die strenge Vertraulichkeit der Verhandlungen wurde noch besonders betont, dadurch, daß der Kanzler es sich selbst vorbehielt, zu einem späteren ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt die Öffentlichkeit auf dem Wege der Presse zu informieren, daß aber zunächst jeder auch nur unbedeutende amtliche Bericht unterbleibe. Man kann nur feststellen, daß die Mitglieder der Reichsregierung die Auffassung des Reichskanzlers über die Bedeutung der Londoner Verhandlungen, die ihn, wie früher gesagt, mit einiger Hoffnung erfüllen, teilen.

Der Vorwärts berichtet: In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Reparationsproblem in London in einem Umfange aufgerollt wurde, wie es bisher nicht für möglich gehalten worden ist. Betont werden kann auch hier nur wiederum, daß die Londoner Verhandlungen zu einem vorläufigen Abschluß gekommen sind, der, unter den Gesichtspunkten der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation Deutschlands betrachtet, für jetzt nicht als ungünstig bezeichnet werden kann.

Die nächste Zahlung

Berlin, 14. Dezember. Die Regierung hofft, die Summe bis zum 15. Januar auftreiben zu können, natürlich unter den allerschwersten Opfern. In unterrichteten Kreisen weist man die Möglichkeit nicht mehr von der Hand, daß die Regierung gezwungen sein könnte, zu diesem Zwecke unsere Goldreserven anzugreifen.

Der Viermächte-Konzern

Die Konferenz wird voraussichtlich noch vor Weihnachten beendet werden. Briand hat seine Rückkehr nach Frankreich bereits für den 14. Dezember angezeigt, da die Erledigung der Hauptaufgaben weit genug vorgeschritten ist. Ob und wieweit die Konferenz im Frühjahr fortgesetzt wird, ist noch nicht ersichtlich. Als ein interessanter Versuchsballon seitens Englands ist die Meldung des Daily Expreß aufzufassen, daß von Lloyd George an den Präsidenten Harding ein Programm zur Erörterung des weltwirtschaftlichen Problems unterbreitet werden soll, und daß man glaubt, Lloyd George und Briand werden schon in der nächsten Zeit nach Washington reisen. An einer zuständigen Stelle ist nichts von einer derartigen Absicht bekannt.

Das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean ist am Dienstag im Staatsdepartement von dem Staatssekretär Hughes für Amerika und von den Delegierten Balfour für Großbritannien, Viviani für Frankreich und dem Fürsten Tokugawa für Japan unterzeichnet worden. In Japan herrscht angeblich (nach einer Reutermeldung) große Begeisterung über das Abkommen, was aber sehr bezweifelt werden muß.

Während nach den bisherigen Meldungen angenommen werden mußte, daß in der Flottenfrage eine Einigung bereits zustande gekommen sei, trifft dies nach den neuesten Meldungen nicht zu. Es seien vielmehr noch große Berechnungen notwendig, bevor Japans Stellung in der Frage der Flottenverhältniszahl offiziell bekannt werden kann.

Auch das U-Bootproblem dürfte noch manche Schwierigkeiten bereiten, da sich England bemüht, den amerikanischen U-Bootsvorschlag um die Hälfte herabzusetzen. Hingegen werden Franzosen und Italiener, wahrscheinlich auch die Japaner, für die Gestattung großer Unterwasserfahrzeuge eintreten.

In der chinesischen Frage gab die japanische Delegation bekannt, daß Japan bereit sei, die japanischen Postämter in China am 1. Januar 1923 aufzuheben.

Die Schantungfrage scheint endgültig gegen Japan gelöst worden zu sein. Selbst auf die Schantungbahn muß Japan verzichten. Die japanischen Aktien werden zu einem festen Kurse von chinesischen Bankiers übernommen, wodurch die Bahn in chinesischen Besitz gelangt. Eine chinesische Bankgruppe hat sich bereits gebildet, um den japanischen Anteil zu erwerben.

Ueber die Einflußsphären in China soll noch gesprochen werden. Die chinesische Abordnung wird eine Liste dieser Sphären, die beseitigt werden sollen, überreichen.

Auch Korea hat sich nunmehr offiziell an die Kommission gewandt, „um zu seinem Recht zu kommen". Sie nennt das koreanische Problem ein asiatisches Elsaß-Lothringen. Jedoch kann es für ausgeschlossen gelten, daß diese kitzlige Frage in Washington aufgeworfen wird.

Lösung der Jap-Frage

Washington, 13. Dezember. Die Jap-Frage ist gelöst. Die Uebereinkunft betrifft auch alle Inseln, über die Japan ein Mandat besitzt. Die Vereinigten Staaten erhalten Kabelanrecht auf Jap und erhalten auch die Funkstation auf der Insel. Gleichzeitig wird das Kabel nach Boni für den Verkehr freigegeben. Das Abkommen verbietet eine Befestigung von Jap. Japan wird für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen, und die Vereinigten Staaten werden das Mandat anerkennen, das Japan vom Völkerbund über die früheren deutschen Inseln nördlich vom Aequator erhalten hat.

Japan räumt nicht Sibirien

Berlin, 13. Dezember. Wie der hiesige [illegible] meldet, hat der japanische [illegible] den Beschluß, die achte Division nach Wladiwostok abzuschicken, gutgeheißen. Nach der Ansicht der Zeitung Nitschi-Nitschi komme dieser Beschluß der Hinausschiebung der Räumung Sibiriens auf unbeschränkte Zeit gleich.

Die tote Stadt

London, 13. Dezember. Die Blätter enthalten Berichte aus Indien, die auf eine Verschärfung der Lage hindeuten. Der Empfang des Prinzen von Wales in Allahabad wurde von dem größten Teil der indischen Bevölkerung vollkommen boykottiert. Die festlich geschmückten Straßen der Stadt waren von der eingeborenen Bevölkerung fast ganz verlassen. Der Verkehr ruhte vollkommen. Bei der Fahrt des Prinzen durch die Straßen unterblieb jede Kundgebung. Der [illegible] von [illegible] Einwohnern glich einer toten Stadt.

London, 13. Dezember. Einer Reutermeldung aus Delhi zufolge ist in den Bezirken Amherst, Hanthawadi, Mandalay und in der Stadt Rangun in Birma der Ausnahmezustand verkündet worden.

Die von ehedem

Je länger der Jagow-Prozeß währt, desto trüber wird das Bild der edlen Rechtsputschisten, die den Platz der Angeklagten zieren, wie derer, die ihn zieren sollten und noch frei umherlaufen. Keiner will's gewesen sein, keiner will Führer gewesen sein. Man könnte sie Ritter von der traurigen Gestalt nennen, aber der Ritter Don Quichotte bekannte sich wenigstens zu seinen Streichen und Zielen. Kein Jagow, kein Schiele, kein Wangenheim, kein Ludendorff gesteht zu: Ich hab's gewagt! Sie waren nur zufällig dabei. Wie haben sie und ihre Presse geplärrt über das Strebertum der Republik — und als Kapp am 13. März in die Reichskanzlei einzog, war die Bude im Handumdrehen voll von Strebern und Postenjägern, wie die Zeugen bekunden. Ihr Haß gegen die Republik und ihr Schwarm für die Monarchie stammt zu fünfundsiebzig Prozent aus der Liebe zur angestammten Futterkrippe. Und zur Illustration der deutschmonarchistischen Helden sei hergesetzt, was Theodor Wolff im B. T. von Herrn von Jagow berichtet:

Als Heine Minister des Innern geworden war, schrieb ihm Herr v. Jagow an, den er sofort vom Posten des Potsdamer Regierungspräsidenten entfernt hatte, und bat, ihn in irgendeiner Stellung zu lassen, und wäre es auch nur als Regierungsrat. Heine, dem diese Bescheidenheit nicht [illegible], ließ Herrn v. Jagow, der [illegible] aus irgendeinem Regierungsamte [illegible], ganz unbeamtet nach Hause gehen. [illegible] der Lüttwitz-Garde wurden die preußischen Minister im Gebäude des Staatsministeriums interniert. Die Kapp-Leute ersuchten Oeser, das Eisenbahnministerium vorläufig weiter zu leiten, und Oeser tat das auf Bitten seiner Ministerkollegen, weil man so den Eisenbahnbetrieb einigermaßen in der Hand behielt. Die Person, die im Auftrage des Putschkonsortiums das Gesuch zu Oeser brachte, sprach auch davon, die Wohnung Heines wäre erwünscht. Heine gab sich natürlich zu keiner Unterredung über diese Zumutung her, ging auch nicht zu Lüttwitz, der den in Freiheit gesetzten Minister sprechen wollte, und traf im [illegible] seine Vorbereitungen zur Behinderung der Verschwörer, soweit sich das machen ließ. Als das Heldenstück schon ausgespielt war, die Staatsmänner im Automobil oder mit der Bahn sich in die Verborgenheit begaben, [illegible] Existenzen das Monokel aus dem Auge nahmen, forderte Herr v. Jagow, zum Abschiedsgruß, die Tochter Heines auf, innerhalb einer Stunde die Wohnung im Ministerium zu räumen, obgleich jede Aussicht, daß er selbst diese Gemächer würde benutzen können, bereits entschwunden war.

Und so sieht noch mancher Rechtsedle aus, der der Republik seine Dienste anbot. Die deutsche Treue, das deutsche Manneswort sind dort drüben kein leerer Wahn. Von wenigen anständigen Ausnahmen abgesehen, beeilten sich die Reichswehrführer, denselben Noske die Treue zu brechen, dem sie sich ein Jahr vorher mit ihrem Eide [illegible].

Schlimmer noch als diese moralischen sind die politischen Defekte, die in Leipzig täglich aufgedeckt werden. Die reaktionäre Presse sucht die Helden vom 13. März jetzt noch zu retten. Jetzt noch, nachdem der sächsische Oberfinanzrat Bang, ein waschechter antisemitischer Reaktionär, vorm Leipziger Reichsgericht erklären mußte: Es ging unter Kapp in der Reichskanzlei zu wie in einer Judenschule; es war die reine Schwatzbude; keiner wußte, was er wollte! — Ludendorff mußte sich zum selben Geständnis bequemen! Und so konnten General Seeckt und Noske erklären, daß das politische Verständnis dieser reaktionären Militärs über den Horizont achtzehnjähriger Fähnriche nicht hinausreichte. Immer wieder, von Freunden wie von Gegnern Kapps, dieselbe Erklärung: sie wußten nicht recht, was sie wollten.

Halten wir fest: höhere Militärs standen offen oder versteckt mit an der Spitze der blutigen Posse, hatten ihre Hände mit in der Nationalen Vereinigung. Politische Ignoranz wird ihnen heute als mildernder Umstand angerechnet. Diesmal erstickte das deutsche Volk den Hasardstreich der betreßten Dummköpfe, aber jahrzehntelang hat diese politische Dummheit den Kurs Deutschlands bestimmt; jahrzehntelang galten und waren sie die Herren Deutschlands. Und in der schwersten Zeit unseres Volkes, von 1914 bis 1918, entschieden diese politischen Dummköpfe im Generalstab das Schicksal unseres Landes. Holz von diesem Holze, Fleisch von diesem Fleische ist Ludendorff, nach dessen Pfeife die Reichskanzler zu tanzen hatten. Mußte er in Leipzig nicht eingestehen, daß er in den Kapptagen erklärt habe: Wenn Kapp etwas in die Hand nimmt, so sei's in [illegible] Händen? So verschätzte der [illegible] sich, der [illegible] sich vermessen wollte, der Welt einen deutschen Siegesfrieden zu diktieren. So verschätzte er sich in den Engländern, den Franzosen, den Amerikanern — und vor allem im deutschen Volke. Politisch zurückgeblieben, aufgeblasen und anmaßend — so sehen sie aus, die nach 1918 über den Scheidemannfrieden [illegible]! Wundert sich noch jemand, daß unser Land diesen Krieg mit verlieren mußte, in dem dieser Geist und diese Geister herrschend waren?!

Aber dürfen die [illegible] Kreise, die jetzt von dem in Leipzig entblößten Ignorantentum abrücken möchten, die Nase höher tragen als die verunglückten Kappisten?! Die Stresemann und andere Volksparteiler wollen heute mit dieser Kinderei nichts zu tun gehabt haben, damals aber wurde die fünftägige Kappregierung von den Fraktionen der Deutschnationalen und Volksparteiler anerkannt, wurde der Narrenstreich von diesen Fraktionen in den Parlamenten als Versuch zur Rettung der Verfassung gedeutet! Und Oberfinanzrat Bang, der über die Unfähigkeit der Kapp-Lüttwitz heute noch entsetzt ist, bewies in Leipzig seine politischen [illegible], als er sagte, mit der Sozialdemokratie hätte er keine Regierung gebildet — höchstens mit den Arbeitern!

Nein, in Leipzig wird nicht nur die gemeingefährliche

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211214/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG